

Niederschrift 7. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.05.2015
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:56 Uhr
Ort, Raum:	Raum "Rieseberg" der Stadtverwaltung Gardelegen, 39638 Gardelegen

Anwesend:

Herr Thomas Genz
Herr Steffen Rötz
Herr Christian Glatz
Herr Reinhard Hapke
Herr Ralf Linow
Herr Nico Macht
Herr Jörg Marten
Herr Rüdiger Wolf
Herr Jan Dittrich
Herr Frank Roßband
Herr Hartmut Schrader-Bölsche
Herr Siegfried Jordan
Herr Konrad Fuchs, Bürgermeister
Herr Engelhard Behrends, FBL Baudienstleistungen
Frau FDL II Manuela Dietrich-Beckers
Frau Roswitha Kausche
Herr Stadtverwaltungsrat Machalz, FBL Zentrale
Dienste und Finanzen
Frau Birgit Matthies, FBL Sicherheit und Ordnung
Herr Matthias Reps
Presse:
Frau Cornelia Ahlfeld, Redaktion der Volksstimme
Herr Andreas Puls, Redaktion der Volksstimme
Herr Stefan Schmidt, Redaktion der Altmark Zeitung

Abwesend:

Herr Marko Kutz
Herr Patrick Adler
Herr Günter Hoop
Frau Martina Lenz
Herr Detlef Reps

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadträte des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 3 Entscheidung über Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift und Feststellung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 08.04.2015

- 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Hansestadt Gardelegen für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 88/8/15
- 5 Erhöhung der Eigenmittel zur Absicherung der beantragten Investition - Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Mieste
Vorlage: 89/8/15
- 6 Beschluss über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 KAG-LSA für straßenbauliche Maßnahmen in der Hansestadt Gardelegen im Zuge der Aufwandesspaltung für die Gehwege, Nebenanlagen und Straßenbeleuchtung an der Bahnhofstraße
Vorlage: 90/8/15
- 7 Abbruch und Flächenberäumung Kartoffelschäl- und Abpackbetrieb (KSA) Mieste mit anschließender Renaturierung - überplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 97/8/15
- 8 Anfragen und Anregungen

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadträte des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Ausschusses, Stadtrat Thomas Genz, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Es sind von neun geladenen Stadträten acht anwesend. Von sieben sachkundigen Einwohnern sind drei anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gewährleistet.

- TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Stadtrat Marten beantragt eine Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung, und zwar:

TOP 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan soll im **TOP 7** behandelt werden.

Damit würde aus dem TOP 5 gleich TOP 4 usw.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt einstimmig die geänderte Tagesordnung für den öffentlichen Teil fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 3 Entscheidung über Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift und Feststellung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 08.04.2015

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor, sodass diese vom Vorsitzenden zur Abstimmung gestellt wird.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss bestätigt den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses vom 08.04.2015.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Hansestadt Gardelegen für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 88/8/15

Der Vorsitzende des Ausschusses dankt der Verwaltung für die Erarbeitung der Haushaltsunterlagen, die mit über 300 Seiten ein umfangreiches Zahlenwerk darstellen und bei der Erarbeitung ein hohes Maß an Disziplin erforderten.

Zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan werden Erläuterungen vom Fachbereichsleiter Zentrale Dienst und Finanzen, **Stadtverwaltungsrat Maik Machalz**, gegeben.

So umfasst der Finanzplan 27,2 Millionen Euro und der Ergebnisplan 30 Millionen Euro. 5,7 Millionen Euro sollen investiert werden.

Die Änderung zum Haushaltsplanentwurf resultiert aus der Bereitstellung von Fördermitteln aus dem Programm Stark V mit 2,8 Millionen Euro. Anspruchsberechtigt für dieses Programm sind finanzschwache Kommunen, wozu die Hansestadt Gardelegen zählt. Konkrete Richtlinien liegen noch nicht vor. Bekannt ist lediglich, dass Stark V für Investitionen in Krankenhäusern, Kindergärten, im Städtebau und in öffentlichen Gebäuden (energetische Sanierung) verwendet werden kann. Es handelt sich um eine 100ige Förderung, wobei 90 Prozent der Mittel vom Bund und zehn Prozent vom Land bereit gestellt werden.

Zunächst ist der Neubau einer Kindertagesstätte in Jävenitz, die Sanierung der Kita Spatzennest in der Kernstadt und die Schaffung eines Kinderzentrums (Kita und Hort) in Solpke angedacht.

Mit zwei Millionen Euro ist der Neubau der Kita Jävenitz das größte Vorhaben. Dieses Vorhaben war mit vier Einzelmaßnahmen Bestandteil des Programmes Stark III, welche nun in das Programm Stark V umgebucht werden sollen.

350 000 Euro sollen für die Sanierung des Kellers in der Kita Spatzennest genutzt werden. Erforderlich machen sich die Arbeiten, weil dort Lochfraß in allen Leitungen vorliegt, die Heizung marode ist, und sich die Elektroanlage auf den Stand von 1970 befindet.

450 000 Euro – so die Vorstellung der Stadtverwaltung – könnten für den Umbau des Gebäudes der Grundschule Solpke in eine große Kita genutzt werden. Das frei werdende Kita-Gebäude könnte dann veräußert werden.

In der Änderung wurden die Mehrkosten für den Abriss und die Renaturierung der KASA mit eingearbeitet. Sowohl die Sanierung der Jävenitzer Sporthalle als auch die Sanierung des Elsholzweges und der Neuen Siedlung in Mieste sowie der Salchauer Straße in Letzlingen wurden in das Jahr 2016 verschoben.

In der folgenden Diskussion äußerte **Stadtrat Nico Macht (Gemischte Fraktion)** Bedenken zum Ergebnisplan, der in den nächsten Jahren jeweils ein Minus aufweist, sodass es zu Liquiditätsproblemen kommen kann.

Darauf eingehend, erklärt der **Bürgermeister, Herr Konrad Fuchs**, dass die Einnahmen erhöht werden müssen, z. B. durch den Verkauf von Immobilien und die Erhöhung der Steuern und Beiträge.

Gibt es ein spezielles Verfahren beim Verkauf kommunaler Grundstücke und Immobilien, fragt **Stadtrat Jörg Marten**. Eine spezielle Strategie gibt es nicht, so **Herr Machalz**. Auch eine Liste, welche Objekte auf dem Markt sind, liegt nicht vor. Es gibt eine Vielzahl von Anfragen aus den Ortsteilen. Bisher wurden in den Tageszeitungen Anzeigen geschaltet. Interessenten wurden aufgerufen, ein Preisangebot einzureichen. Ergänzend legt der **Bürgermeister, Herr Konrad Fuchs**, dar, dass die Immobilien nicht auf dem Spekulationsmarkt angeboten werden. Verhandlungsbasis sind die Bodenrichtwerte. Zusammenfassend

erläutert **Herr Machalz**, dass alle Immobilien, die die Stadt zur Erledigung ihrer Aufgaben nicht benötigt, veräußert werden sollen. Mit dem Verkauf von Immobilien kann die Stadt die Einnahmen erhöhen. Einnahmen sollen in diesem und in den Folgejahren durch den Verkauf von Wohngrundstücken (z. B. Kämmereiforst, neues Wohngebiet in Jävenitz Altes Dorf) erzielt werden.

Stadtrat Thomas Genz, Fraktion der CDU, schlägt vor, in Anbetracht der immer schwerer werdenden Finanzsituation der Hansestadt eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Vorschläge erarbeitet bzw. über Investitionsmaßnahmen berät und deren Folgen in den weiteren Jahren. Über diesen Vorschlag soll zunächst in den Fraktionen diskutiert werden. Die Fraktionen sollten dann entscheiden, welche Positionen bei den Investitionen mit einem Sperrvermerk versehen werden sollten.

Da die Ergebnisse der Arbeit der Arbeitsgruppe erst im Haushaltsjahr 2016 bzw. 2017 greifen würden, sollte der Haushalt, um nicht zu viel Zeit zu verlieren, in der vorliegenden Fassung beschlossen werden, so **Herr Machalz**.

Einen Sperrvermerk für die Solpker Turnhalle beantragt **Stadtrat Jörg Marten, Fraktion der SPD**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	4

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zur Anfrage des **Stadtrates Steffen Rötz, Fraktion der CDU**, informiert **Herr Behrends** über das Problem der Bushaltestelle Kloster Neuendorf (Neukloster). Drei Varianten stehen zur Diskussion, wobei vorrangig eine Busbucht in Erwägung gezogen wird. Im Rahmen einer Beratung mit allen Beteiligten soll eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Zur Klärung der Frage, warum 40 000 Euro für die Sanierung der Wiepker Trauerhalle eingestellt sind, erklärt **Herr Behrends**: Die Baumaßnahme umfasst nicht nur die Dachsanierung, sondern auch den Anbau eines Vordaches, und die Erneuerung der Regenentwässerung sowie der Eingangstür. Die Zuwegung soll ebenfalls gemacht werden.

Herr Rossband, sachkundiger Einwohner, fragt nach dem Schuldenstand der Hansestadt Gardelegen. Dieser liegt gegenwärtig bei 7,7 Millionen Euro, informiert **Herr Machalz**.

Stadtrat Marten beantragt, die Infrastrukturmaßnahmen „Ausbau des Linden- und des Eichenweges“ mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung über den Haushalt zu vertagen, beantragt Stadtrat Marten, SPD-Fraktion. Er begründet den Antrag mit den als Tischvorlage übergebenen umfangreichen Unterlagen. Ein Einlesen und eine Kenntnisnahme darüber während der Sitzung war nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	1

Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

In der Folge entfällt die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Hansestadt Gardelegen.

Abschließend informiert der Ausschussvorsitzende über das Ergebnisse der vorangegangenen Beratungen:

Bau-, Verkehrs- und Umweltschuss – *Zustimmung (5 Ja und 3 Enthaltungen)*
 Sozial-, Jugend-, Kultur- und Sporthausschuss – *Zustimmung (1 Ja und 7 Enthaltung)*

- TOP 5 Erhöhung der Eigenmittel zur Absicherung der beantragten Investition - Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Mieste
 Vorlage: 89/8/15

Von der Fachbereichsleiterin für Ordnungsangelegenheiten, Frau Birgit Matthies, wird dargelegt, dass der Bürgermeister gemeinsam mit dem Wehrleiter und weiteren zwei Mitgliedern der FFW Mieste den Antrag auf Fördermittel für die Anschaffung des Löschfahrzeuges für die FFW Mieste beim Innenminister in Magdeburg abgegeben hat.

In einem vorab geführten persönlichen Gespräch mit dem Innenminister im März dieses Jahres wurde abweichend der Förderbaurichtlinie eine Förderung von 350 000 Euro festgelegt. Das hat zur Folge, dass der Eigenanteil der Stadt für den Neubau des Gerätehauses von 1.088.000 Euro um 58.000 Euro erhöht werden muss.

Eine Zusage seitens des Innenministeriums liegt noch nicht vor, lediglich eine Eingangsbestätigung. Mit dem endgültigen Bescheid ist nicht vor September zu rechnen.

Ergänzend erklären der **Bürgermeister, Herr Konrad Fuchs,** und **Stadtrat Rüdiger Wolff, (Freie Liste/Feuerwehr,** dass für das Feuerwehrgerätehaus fünf Stellplätze vorgesehen sind, um alle Risiken abzusichern. Bei den Risiken handelt es sich um die B 188, die Bahn und den Standort eines Chemiebetriebes. Der Landkreis wird keine Beteiligung für den Stellplatz des kreiseigenen Löschfahrzeuges übernehmen, so die Antwort auf die Frage des **Stadtrates Jörg Marten.**

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt **einstimmig** die Vorlage Nr.89/8/15 – Erhöhung der Eigenmittel zur Absicherung der beantragten Investition – Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Mieste – zur Beratung an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 6 Beschluss über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 KAG-LSA für straßenbauliche Maßnahmen in der Hansestadt Gardelegen im Zuge der Aufwandesspaltung für die Gehwege, Nebenanlagen und Straßenbeleuchtung an der Bahnhofstraße
 Vorlage: 90/8/15

Im Rahmen der Diskussion gibt es folgende Anfragen und Hinweise:

Stadtrat Wolf fragt an, ob in der Bahnhofstraße weitere Bauarbeiten erfolgen werden? Da es dort in nächster Zeit keinen Straßenbau geben wird – die Straße befindet sich in einem guten Zustand und der „Straßencharakter“ soll erhalten bleiben - sollen die Nebenanlagen und die eigentliche Straße getrennt behandelt werden.

Frank Rossband, sachkundiger Einwohner, fragt, ob es im Vorfeld Gespräche mit den Bürgern gab und ob sie wissen, was auf sie zukommt? **Bürgermeister Konrad Fuchs** legt

dar, dass es Diskussionen gab. Eine Anliegerversammlung vor Beginn der Baumaßnahme habe nicht stattgefunden, berichtet **Frau Manuela Dietrich-Beckers, Mitarbeiterin der Stadtverwaltung für das Beitragsrecht**. Konkrete Zahlen sind nicht mitgeteilt worden. Begründet wird dies mit der Tatsache, dass es sich bei der Bahnhofstraße um eine Anliegerstraße handelt und nach Beitragsrecht nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Stadtrat Marten fordert, künftig generell im Vorfeld von Straßenbaumaßnahmen eine Informationsveranstaltung mit den betroffenen Bürgern durchzuführen, unabhängig davon, ob es gesetzlich vorgeschrieben ist oder nicht. Beitragspflichtige sollten wissen, was auf sie drauf zukommt.

Der Ausschussvorsitzende informiert über das Ergebnis der vorangegangenen Beratung und stellt anschließend die Vorlage zur Abstimmung.

Bau-, Verkehrs- und Umweltschuss – *Zustimmung* (8 Ja-Stimmen)

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig die Vorlage Nr. 90/8/15 – Beschluss über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 KAG LSA für straßenbauliche Maßnahmen in der Hansestadt Gardelegen im Zuge der Aufwandsspaltung für die Gehwege, Nebenanlagen und Straßenbeleuchtung an der Bahnhofstraße – zur Beratung an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

TOP 7 Abbruch und Flächenberäumung Kartoffelschäl- und Abpackbetrieb (KSA) Mieste mit anschließender Renaturierung - überplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 97/8/15

Vom Fachbereichsleiter für Baudienstleistungen, Herrn Engelhard Behrends, werden die überplanmäßigen Ausgaben begründet: Diese resultieren aus der Asbestbelastung der Objekte in Größenordnungen, dem Vorfinden von Chemiekalien und den unvorhersehbaren Handarbeiten beim Sortieren der Gefahrstoffe und Abrissarbeiten. Weiterhin seien Betonteile fest mit Asbest verbunden gewesen, sodass eine Trennung nicht möglich war. Daher muss alles als Asbestabfall entsorgt werden.

Veranschlagt waren 706 000 Euro. 740 000 Euro werden zusätzlich benötigt. 80 Prozent der veranschlagten Kosten wurden aus dem Programm für Altlastensanierung und Bodenschutz gefördert.

Fördermittel für die Mehrkosten wurden beim Land beantragt. Das Landesverwaltungsamt war vor Ort und hat eine Förderung der Mehrkosten zugesagt. Die Bearbeitungszeit des Antrages wird voraussichtlich bis zum 30. Juni dauern. Erst mit der schriftlichen Zusage können die Arbeiten weiter geführt werden. Bis dato herrscht Baustopp. Mit der Unterbrechung der Arbeiten fallen Kosten in Höhe von 20 000 Euro an, die nicht förderfähig sind und von der Stadt getragen werden müssen.

Unverständnis und Kritik gab es seitens der Ausschussmitglieder für die Mehrausgaben. Insbesondere **Stadtrat Jörg Marten** ist bestürzt darüber, dass es jetzt zu derart hohen Mehrausgaben kommt, obwohl der Bauausschuss in seiner Sitzung im April die Baustelle besichtigt hatte und es keinen Hinweis auf die Mehrkosten in diesen Größenordnungen gab. Zu dem Zeitpunkt war man von Mehrausgaben von 40 000 Euro ausgegangen, so **Herr Behrens**.

Die Planungsfirma mit den Mehrkosten zu belasten, wie **Stadtrat Nico Macht, Gemischte Fraktion**, vorschlägt, ist nicht möglich, da der Firma kein Fehler nachgewiesen werden kann. Die Kosten für die Unterbrechung der Arbeiten mit 20 000 Euro werden von der Bau-firma nachgewiesen, so **Herr Behrends**.

Stadtrat Reinhard Hapke, (DIE LINKE) schlägt vor, den Eigenanteil für diese Maßnahme mit einem Sperrvermerk zu versehen und die Auszahlung erst nach Bewilligung der Fördermittel zu veranlassen.

Ebenso Verärgerung zeigt **Stadtrat Ralf Linow**. Dennoch ist er der Auffassung, der Beschlussvorlage zu zustimmen. Was begonnen wurde, muss beendet werden. Zumal bei Abbruch der Arbeiten der Verwendungszweck der Fördermittel nicht realisiert ist und dann die Gelder zurück gezahlt werden müssen.

Der Ausschussvorsitzende informiert über das Ergebnis der vorangegangenen Beratungen und stellt anschließend die Vorlage zur Abstimmung.

Bau-, Verkehrs- und Umweltschuss – *Zustimmung* (2 Ja-, 1 Nein und 5 Enthaltungen)

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig die Vorlage Nr. 97/8/15 – Abbruch und Flächenberäumung Kartoffelschäl- und Abpackbetrieb (KSA) Mieste mit anschließender Renaturierung – überplanmäßige Ausgaben – zur Beratung an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

TOP 8 Anfragen und Anregungen

Um Informationen zum Stand der Privatisierung der Badeanstalt Mieste bittet **Stadtrat Jörg Marten**.

Daraufhin legt **Herr Machalz** dar, dass die Pächterin der Gaststätte am Freibad die Übernahme der Sauna abgelehnt hat. Der Betreibung der Gästezimmer wird sie wahrscheinlich zustimmen.

Da die Sauna vorerst bei der Stadt bleibt, müssen Maßnahmen eingeleitet werden, die zu einer Reduzierung der Kosten führen. Das bedeutet, dass die Öffnungszeiten gestrafft werden müssen und der Kartenverkauf anders geregelt wird. Die Öffnungszeiten sollen auf das Wochenende gelegt werden.

40,00 Euro soll eine Stunde Saunanutzung kosten, unabhängig davon, wie viel Personen die Sauna nutzen.

Sollte die Mieste Sauna geschlossen werden, so weist **Bürgermeister Konrad Fuchs** hin, sind Fördermittel in Höhe von 67 860 Euro plus Zinsen zurück zu zahlen. Die damalige Gemeinde Mieste hatte vor rund fünf Jahren über das Leader-Projekt für das Erlebniscamp Mieste 101 790 Euro für die Sanierung der Toiletten und Duschen im Freibad und die Schaffung von Caravanstellplätze erhalten und investiert.

Sitzungsleiter:

Thomas Genz
Vorsitzender des Finanz- und
Wirtschaftsausschusses

Protokollführerin:

Roswitha Kausche